

Information für den Ausschuss

Allukrainische Assoziation der jüdischen ehemaligen Häftlinge der Ghettos und Konzentrationslager*

Stellungnahme zum Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Zahlbarmachung von Renten aus Beschäftigungen in einem Ghetto – BT-Drucksache 18/9029

Vielen Dank im Namen aller Überlebenden der Ghettos in der Ukraine, dass das Thema Zahlbarmachung von Ghetto-Renten auch an Personen, die noch als Kinder im Ghetto beschäftigt waren gegenwärtig im Ausschuss für Arbeit und Soziales debattiert wird.

Der Allukrainische Verband der Jüdinnen und Juden – Ehemaliger Gefangener der Ghettos und Nazistischer Konzentrationslager begrüßt ausdrücklich die geplante Änderung des Zweiten Gesetzes zur Zahlbarmachung von Renten aus Beschäftigungen in einem Ghetto.

Während der Zeit der deutschen Besatzung in der Ukraine von 1941 bis 1944 waren Juden in den Ghettos roher Gewalt, Willkür, Hunger und Tod ausgesetzt. Es gab keinen Schutz für sie, auch nicht für die Kinder. Kein deutsches Gesetz legte in der Ukraine ein Mindestalter für die Arbeit fest. Dieses Unrecht setzt sich bis heute fort, indem der damalige Mangel an Schutzvorschriften den Opfern heute wieder zum Nachteil gereicht.

Alle, die nach 1933 geboren wurden, sind in der Ukraine von der Ghattorente ausgeschlossen. Von dieser Personengruppe leben nur noch wenige in der Ukraine. Die meisten von ihnen haben nur die vom Staat gezahlte Mindestrente in Höhe von 1247 Griwna zum Leben. Das entspricht etwa 42 Euro und deckt nicht im Entferntesten die Lebenshaltungskosten.

Durch den Krieg in der Ostukraine und die Wirtschaftskrise sind die Lebenshaltungskosten sehr stark gestiegen und heute oft dreimal so hoch wie im

vergangenen Jahr. Das gilt besonders für die Lebensmittelpreise, ärztliche Behandlungen, Medikamente, Mieten, Kosten für Strom, Wasser und Heizung.

Viele alte Menschen, die als Kinder die Ghettos überlebt haben, leiden heute bittere Not und sehen keinen Ausweg und haben keine Hoffnung mehr

Eine Änderung des Gesetzes zur Zahlbarmachung von Renten aus Beschäftigungen in einem Ghetto (ZRBG) mit dem Ziel, dass jeder eine Rente bekommen soll, wenn er im Ghetto gearbeitet hat, egal wie alt er damals war, wäre nicht nur eine dringend notwendige materielle Hilfe, sondern auch ein Zeichen der Anerkennung des Unrechts, das diesen Menschen durch Deutsche zugefügt wurde.

Der Deutsche Bundestag hat in der Vergangenheit gezeigt, dass er in der Lage ist, Unrecht zu erkennen und beim Namen zu nennen, als er in einer Resolution den Völkermord an den Armeniern einen „Völkermord“ nannte. Diese Resolution hat allerdings keine Kosten verursacht.

Wann wird der Deutsche Bundestag das Unrecht, welches den jüdischen Kindern in den Ghettos zugefügt wurde, nicht mehr weiter wirken lassen?

Im Namen aller Betroffenen hoffe ich, dass die vorliegende Gesetzesinitiative, die sowohl von der Jewish Claims Conference, dem Zentralrat der Juden in Deutschland, dem Zentralrat der Deutschen Sinti und Roma sowie weiteren namhaften Organisationen und rentenrechtlichen Experten unterstützt wird einer einvernehmlichen und fraktionsübergreifenden Lösung zugeführt wird.

*E-Mail vom 24.02.2017